

Stand: 07.05.2026 15:05:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/3361

"Zukunfts- und wettbewerbsfähige wehrtechnische Industrie vorantreiben!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/3361 vom 14.10.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 15.10.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/4659 des WI vom 25.11.2014
4. Beschluss des Plenums 17/4737 vom 10.12.2014
5. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 10.12.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler, Jürgen W. Heike, Dr. Gerhard Hopp, Alexander König, Kerstin Schreyer-Stäblein, Karl Freller, Bernhard Seidenath, Erwin Huber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Christine Haderthauer, Klaus Holschek, Thomas Huber, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Dr. Harald Schwartz** und **Fraktion (CSU)**

Zukunfts- und wettbewerbsfähige wehrtechnische Industrie vorantreiben!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass Deutschland aus sicherheits- und industriepolitischen Interesse auch weiterhin Standort für Spitzentechnologie der wehrtechnischen Industrie in ihrer ganzen Breite bleibt. Innovationsprojekte im zukunftsweisenden Bereich der Luft- und Raumfahrt sollen weiter vorangetrieben werden. Die Entwicklungs- und Fertigungskompetenz sowie die Systemfähigkeit müssen gesichert, Forschungs- und Entwicklungspotenziale nachhaltig gestärkt und Schlüsseltechnologien in einem europäischen Verbund stärker ausgebaut werden;
2. sich beim Bund dafür einzusetzen, noch offene Projekte in der Luft- und Raumfahrt baldmöglichst sicherzustellen;
3. beim Bund darauf zu drängen, dass bei der Haltung zu Exporten neben der sicherheitspolitischen Bewertung auch die industriepolitischen Wirkungen für den Standort Deutschland berücksichtigt werden;
4. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass auch weiterhin modernstes Material und bestes Gerät für die Sicherheit und den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten entwickelt werden, damit die Souveränität unserer Armee sowie unseres Landes gesichert werden kann.

Begründung:

1. Die deutsche wehrtechnische Industrie gehört zu den Innovationstreibern mit vielfältigen Kernfähigkeiten, die technologisch führend und international anerkannt sind. Dieses technologische Spitzenfeld und das damit verbundene Know-how dürfen nicht gefährdet werden. Gerade in dem hochtechnologisierten und zukunftsweisenden Bereich der Luft- und Raumfahrt wollen wir auch weiterhin wettbewerbsfähig bleiben. Forschungs- und Entwicklungspotenziale müssen hier nachhaltig gestärkt und Schlüsseltechnologien stärker ausgebaut werden. Wir wollen dabei einen verantwortungsvollen Export der entsprechenden Güter wie auch den Schutz und die Fortentwicklung der Technologie. Rund ein Drittel der deutschen Wehrindustrie ist in Bayern angesiedelt. Der Freistaat ist damit ein wichtiger Baustein für eine eigenständige europäische Wehrtechnik und kann hier Vorreiter und Motor sein. Gerade Komponentenhersteller sind von der aktuell rigiden Exporthaltung besonders hart getroffen; zahlreiche Arbeitsplätze stehen insgesamt auf dem Spiel.
2. Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen den bestmöglichen Schutz! Für ihre Sicherheit gilt es modernstes Material und bestes Gerät zu entwickeln. Dafür benötigen wir jedoch eine eigenständige wehrtechnische Industrie, denn das wehrtechnische Material ist nicht auf dem freien Markt zu erhalten. Es muss uns deshalb weiterhin möglich sein, bestes Material selbst herzustellen, ansonsten geben wir die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten in die Hände sicherheitspolitischer Überlegungen anderer Staaten.

Immer war eine leere Null das Ergebnis. Wir werden das im Ausschuss noch einmal darlegen.

Ich will das jetzt nicht gutheißen. Aber die Behauptung, dass das eine skandalöse Faulheit oder völlige Untätigkeit des Verfassungsschutzes oder der Polizei gewesen ist, ist einfach nicht richtig. Wir müssen das klar sehen. In der Tat, das Thema berufliche Tätigkeit müssen wir noch ernster nehmen. Aber so oder so: Wenn es der Brandenburger Verfassungsschutz zwei Monate früher oder noch einmal um drei Monate später mitgeteilt hätte, hätten wir auch nichts machen können.

Egal, wie Sie das betrachten, Sie kommen immer zu demselben Ergebnis: Zunächst einmal ist der Mann am 1. November 2013 zum Richter ernannt worden. Ich sage Ihnen noch einmal: Wenn Sie verhindern wollen, dass in Zukunft so jemand überhaupt erst zum Richter ernannt wird, können Sie das nur tun, indem Sie vorher den Verfassungsschutz fragen, ob er etwas weiß.

(Markus Rinderspacher (SPD): Er wusste ja nichts!)

Wenn Sie dabei bleiben wollen, dass Sie den Verfassungsschutz nicht vorher fragen, ob er etwas weiß - -

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Wenn sich einer mit Wohnsitz Brandenburg bewirbt, auch am Flughafen, wird beim Verfassungsschutz Brandenburg nachgefragt. - Ich bin da ganz leidenschaftslos. Ich habe eine klare Meinung dazu. Aber das muss das Hohe Haus am Schluss selber entscheiden. Wollen wir in Zukunft zumindest für sicherheitsrelevante Bereiche vorsorgen, damit so jemand erst gar nicht eingestellt wird, wie wir das zum Beispiel beim Flughafen tun? Wir machen das zur Zeit übrigens, meine Damen und Herren, für alle Sicherheitsdienste in Deutschland, die Asylbewerberheime betreuen, jeweils mit Unterschrift der Betroffenen. Hier sind sich alle einig, auch der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, dass wir im Moment alle Sicherheitsleute in Asylbewerberheimen darauf überprüfen, ob sie einen rechtsradikalen Hintergrund haben, weil Neonazis versucht haben, sich da einzuschleichen. Da sage ich: Ja, da sind sich alle einig, weil wir sehen, wie notwendig das ist.

Ich frage: Wollen wir nicht diesen gleichen Mindeststandard künftig auch bei der Einstellung von Polizisten und Richtern anwenden? Darum geht es. Ich meine nach wie vor, dass das richtig ist, ohne davon

abzulenken, dass man auch die konkreten Abläufe, wie jetzt geschehen, noch weiter verbessern muss.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt. Wir haben da ein paar Änderungen. Ich bitte also, darauf jetzt zu achten.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/3358 abstimmen. Für diesen Antrag liegen keine Änderungsvorschläge vor.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weil er so gut ist, Frau Präsidentin!)

Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/3360 abstimmen. Hier wurde von der SPD-Fraktion darum gebeten, den letzten Absatz zu streichen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich damit einverstanden erklärt. Jetzt lasse ich darüber abstimmen. Der letzte Spiegelstrich wird gestrichen. Wer dann diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/3365 abstimmen. Hier wurde darum gebeten, dass über jede Nummer einzeln abgestimmt wird. Wer der Nummer 1 dieses Dringlichkeitsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist diesem Absatz zugestimmt worden.

Dann lasse ich über die Nummer 2 des Dringlichkeitsantrags der CSU-Fraktion abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist

der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion angenommen.

Jetzt komme ich zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/3391. Hier ist darum gebeten worden, über die Nummer 4 dieses Antrags gesondert abzustimmen. Ist das richtig? – Gut. Dann lasse ich über die Nummer 4 des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER abstimmen.

(Josef Zellmeier (CSU): Mit der Streichung?)

- Nein, die Streichung mache ich erst nachher. Ich lasse jetzt nur über die Nummer 4 abstimmen. Ich muss dann über den Rest des Antrags abstimmen lassen, und da bringe ich dann die Streichung, Herr Kollege.

(Thomas Kreuzer (CSU): Warum wollen die über die Nummer 4 getrennt abstimmen? – Volkmar Halbleib (SPD): Völlig korrekt!)

- Ich habe das so hier. Ich kann nur das tun, um was ich hier gebeten werde. – Ich lasse jetzt über die Nummer 4 des Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer dieser Nummer 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer 4 dieses Dringlichkeitsantrags angenommen.

Jetzt lasse ich über den Rest des Dringlichkeitsantrags mit der Streichung abstimmen. Hier heißt es: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen mündlich – ggf. unter Ausschluss der Öffentlichkeit - ...". Es ist darum gebeten worden, die Worte "ggf. unter Ausschluss der Öffentlichkeit" zu streichen. Wer dieser Änderung, dieser Streichung, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, FREIE WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER angenommen.

(Franz Schindler (SPD): Wir wollten nur über die Streichung abstimmen, aber nicht über den gesamten Antrag!)

- Herr Kollege Schindler, wir haben die Streichung jetzt vorgenommen. Ich kann jetzt auch noch einmal über den gesamten Dringlichkeitsantrag abstimmen lassen. Die gestrichene Passage ist jetzt nicht mehr enthalten. Wenn es der Sache dient, lasse ich noch

einmal über den Dringlichkeitsantrag abstimmen. Die Worte "ggf. unter Ausschluss der Öffentlichkeit" sind gestrichen. Dieser Satz ist jetzt im Dringlichkeitsantrag nicht mehr enthalten. Wer jetzt diesem Antrag zustimmen möchte - -

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das haben wir doch schon! – Peter Winter (CSU): Wisst ihr überhaupt, was ihr wollt?)

Herr Kollege Dürr, ich habe es hier in der Hand.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Über den ganzen Antrag?)

Das habe ich Ihnen doch schon gesagt. Über die Nummer 4 haben wir schon abgestimmt. Die Nummer 4 wurde mehrheitlich angenommen. Jetzt lasse ich über den Rest des Antrags abstimmen. Die Streichung ist bereits vorgenommen worden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber jetzt nicht gesagt!)

- Herr Kollege Dr. Dürr, wenn ich sehe, wie bei Ihnen bei den Abstimmungen die Hände hochgegangen sind, und Sie haben überhaupt nicht gewusst, wie Sie abstimmen sollen, dann sage ich Ihnen: Räumen Sie erst einmal bei Ihnen selber auf, bevor Sie hier bei mir anfangen.

(Beifall bei der CSU)

Wer jetzt diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Über die Nummern 1 bis 3!)

Liebe SPD-Fraktion, Sie haben mich gebeten, dass ich noch einmal über den Antrag insgesamt abstimmen lasse.

(Volkmar Halbleib (SPD): Über die Nummern 1 bis 3 wird jetzt abgestimmt.)

- Herr Kollege Halbleib, ich habe doch gesagt, dass wir über die Nummer 4 schon abgestimmt haben. Das ist erledigt. Jetzt lasse ich über die Nummern 1 bis 3 abstimmen. Die Streichung ist schon vorgenommen worden.

(Thomas Kreuzer (CSU): Dann stimmen wir ab, denn es gibt sowieso eine Mehrheit!)

So ist es. Herr Fraktionsvorsitzender, ich habe schon versucht, das klarzumachen.

Wer jetzt dem Dringlichkeitsantrag, den Nummern 1 bis 3, zustimmen möchte, wobei die Worte "ggf. unter Ausschluss der Öffentlichkeit" gestrichen sind, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion ist der Antrag dennoch angenommen. Vielen Dank.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit haben wir die Behandlung der Dringlichkeitsanträge für heute beendet. Die nicht behandelten Dringlichkeitsanträge werden an die federführenden Ausschüsse überwiesen. Dazu muss ich bekanntgeben, dass entgegen der für Sie aufgelegten Liste die Anträge auf den Drucksachen 17/3366 und 17/3395 nicht dem Ausschuss für kommunale Fragen und innere Sicherheit, sondern dem Wirtschaftsausschuss federführend überwiesen werden.

Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u. a. (SPD)
Runden Tisch Ganztagschulen einberufen
(Drs. 17/1970)**

Ich eröffne die Aussprache. Fünf Minuten sind pro Fraktion vereinbart worden. Wer beginnt bitte? – Frau Kollegin Dr. Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir nach dieser schwierigen Abstimmung wieder alle hellwach sind, freue ich mich sehr darauf, mit Ihnen über das Thema Ganztagschule diskutieren zu können. Wir wollen Ihre Zustimmung dazu, dass wir endlich die Forderungen des Städtetagspräsidenten Ulrich Maly erfüllen und erneut einen Ganztagsgipfel einberufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war gestern mit einigen meiner Kollegen in Nürnberg, wo wir zu einer Konferenz "Guter Ganzttag" - -

(Unruhe)

Ich beginne noch einmal, es war ein bisschen laut.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Sie haben recht.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich war gestern mit einigen meiner Kollegen in Nürnberg, wo wir zu der Konferenz "Guter Ganzttag" eingeladen hatten. Ich möchte Ihnen ganz einfach die Situation der Ganztagsangebote in der Stadt Nürnberg nahebringen. Die

Stadt Nürnberg hat eine Umfrage bei den Eltern von Grundschulkindern gemacht. 80 % der Eltern von Grundschulkindern wünschen sich in der Stadt Nürnberg am Nachmittag eine Betreuung für ihre Kinder. Für circa 40 % kann die Stadt Nürnberg bereits jetzt Hortplätze anbieten. Für etwas mehr als 10 % stehen offene Ganztagsplätze zur Verfügung. Für nicht einmal 2 % stehen gebundene Ganztagsplätze zur Verfügung. Die Stadt Nürnberg muss also für mehr als 25 % der Kinder in der nächsten Zeit Ganztagsangebote schaffen. Mit dieser Mammutaufgabe dürfen wir die Kommunen nicht alleine lassen. Hier steht der Freistaat Bayern in der Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat für das Jahr 2018 die Ganztagsgarantie abgegeben. Ich frage Sie also: Wie soll der Ausbau von Ganztagsangeboten erfolgen? Wo ist denn Ihr Ausbauplan? Wie soll die Ganztagsgarantie erfüllt werden? Welche Qualität sollen die Angebote haben? Wer soll vor allem die Zeche zahlen? Wer zahlt für den Ausbau der Gebäude? Wer zahlt für das Personal?

Unlängst war ich auf einer Veranstaltung von Professor Rauschenbach vom Deutschen Jugendinstitut, der ganz trocken festgestellt hat: "Der Ausbau der Ganztagsangebote erfolgt ziel- und konzeptionslos." Ich muss ihm recht geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, dass wir uns dieses Themas intensiv annehmen. Die Gesellschaft wandelt sich. Kinder, die heute in die Ganztagskrippe gehen, gehen morgen in einen Ganztagskindergarten und übermorgen in die Schule, und dann wollen sie eine Ganztagschule. Deswegen ist es jetzt höchste Zeit, dass wir die Akteure für die Ganztagsbetreuung, das Kultusministerium, das Sozialministerium und die Kommunen, an einem Tisch zusammenbringen und dass gemeinsam darüber verhandelt wird, wie der Ausbau der Ganztagsangebote in Bayern weitergehen soll.

Was passiert bei uns in Bayern? - Es gibt einen Betreuungsdschungel. Es gibt eine Mittagsbetreuung, eine verlängerte Mittagsbetreuung, Horte, offene Ganztagsangebote und gebundene Ganztagsangebote. Manche Angebote sind gut, andere nicht. Einige arbeiten mit Lehrern, andere mit Erziehern. Andere Angebote kommen nahezu ganz ohne Fachpersonal aus. Da wird jeder Student und jede 400-Euro-Kraft händeringend genommen. Wir waren gestern mit Eltern, Lehrern und Trägern sowie Kommunalpolitikern beisammen gesessen. Die Unzufriedenheit in diesem Bereich ist riesig. Hier wurden für alle Ganztagsange-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,
Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler u.a. und Fraktion (CSU)**
Drs. 17/3361

Zukunfts- und wettbewerbsfähige wehrtechnische Industrie vorantreiben!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller: **Markus Blume**
Mitberichterstellerin: **Annette Karl**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 23. Sitzung am 13. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: 1 Ablehnung, 2 Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 19. Sitzung am 25. November 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler, Jürgen W. Heike, Dr. Gerhard Hopp, Alexander König, Kerstin Schreyer-Stäblein, Karl Freller, Bernhard Seidenath, Erwin Huber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Christine Haderthauer, Klaus Holetschek, Thomas Huber, Sandro Kirchner, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Dr. Harald Schwartz** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/3361, 17/4659

Zukunfts- und wettbewerbsfähige wehrtechnische Industrie vorantreiben!

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass Deutschland aus sicherheits- und industriepolitischen Interesse auch weiterhin Standort für Spitzentechnologie der wehrtechnischen Industrie in ihrer ganzen Breite bleibt. Innovationsprojekte im zukunftsweisenden Bereich der Luft- und Raumfahrt sollen weiter vorangetrieben werden. Die Entwicklungs- und Fertigungskompetenz sowie die Systemfähigkeit müssen gesichert, Forschungs- und Entwicklungspotenziale nachhaltig gestärkt und Schlüsseltechnologien in einem europäischen Verbund stärker ausgebaut werden;
2. sich beim Bund dafür einzusetzen, noch offene Projekte in der Luft- und Raumfahrt baldmöglichst sicherzustellen;
3. beim Bund darauf zu drängen, dass bei der Haltung zu Exporten neben der sicherheitspolitischen Bewertung auch die industriepolitischen Wirkungen für den Standort Deutschland berücksichtigt werden;
4. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass auch weiterhin modernstes Material und bestes Gerät für die Sicherheit und den Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten entwickelt werden, damit die Souveränität unserer Armee sowie unseres Landes gesichert werden kann.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 22)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 4 der Anlage zur Tagesordnung. Der Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein und Reinhold Strobl (SPD) betreffend "Großstädte entschlacken – was soll das heißen, worauf müssen sich die Städte einstellen?", Drucksache 17/2652, ist von der Tagesordnung abzusetzen. Er soll erst im Plenum am 29. Januar 2015 einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 22)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 14)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 Gesundheitsversorgung für Asylsuchende reformieren,
 gleichwertige Behandlung sicherstellen!
 Drs. 17/723, 17/4451 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Querschnittsförderung der Betreuungsvereine erhöhen – Ehrenamt stärken
 Drs. 17/2287, 17/4672 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z	<input type="checkbox"/> Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Markus Ganserer, Thomas Gehring u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sonderlösung Anwärter Forstdienst
Drs. 17/2410, 17/4649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl SPD
Großstädte entschlacken – was soll das heißen,
worauf müssen sich die Städte einstellen?
Drs. 17/2652, 17/4686 (A) [X]

der Antrag wird von der Tagesordnung abgesetzt

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Einstellungsangebot für junge Lehrerinnen und Lehrer
Drs. 17/2676, 17/4431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Reform des Sexualstrafrechts – Schutzlücken bei sexuellen Übergriffen schließen und Istanbul-Konvention umsetzen!
Drs. 17/2766, 17/4661 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Moratorium bei TTIP-Verhandlungen nach neuer Spionageaffäre
Drs. 17/2767, 17/4590 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aufnahme des Bairischen und bayerisch-fränkischer bzw. schwäbischer Mundarten in die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen
Drs. 17/2770, 17/4592 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Jürgen W. Heike, Bernd Kränzle u.a. CSU
Basiskonten für Menschen mit geringem Einkommen
Drs. 17/2845, 17/4662 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum LehrplanPLUS an Grundschulen
Drs. 17/3095, 17/4616 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bestrafung von Vergewaltigungen
Drs. 17/3210, 17/4671 (A)

**Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Oliver Jörg u.a. CSU
Förderung der Medienkompetenz an Schulen
und in der außerschulischen Jugendarbeit
Drs. 17/3311, 17/4657 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Wolfgang Fackler u.a. und Fraktion (CSU)
Zukunfts- und wettbewerbsfähige wehrtechnische Industrie vorantreiben!
Drs. 17/3361, 17/4659 (G)

**Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Halal aus Bayern – Chancen für heimische Erzeuger nutzen
Drs. 17/3369, 17/4680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Engerlingplage in Obstanbaubetrieben – Sicherung der Arbeitsplätze
in den bäuerlichen Familienbetrieben
Drs. 17/3396, 17/4681 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Heinrich Rudrof, Angelika Schorer,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Aktionsjahr Waldnaturschutz
Drs. 17/3414, 17/4682 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualifizierte Ersthilfe vor Ort durch First Responder fördern
Drs. 17/3543, 17/4656 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD
Zukunft der wehrtechnischen Industrie in Deutschland und Europa
Drs. 17/3654, 17/4660 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath u.a. CSU
Leitfaden für die Tätigkeit örtlicher Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) in Bayern
Drs. 17/3799, 17/4507 (E)

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Irreführung beenden – Landtag entscheidet über gesamten Staatshaushalt
Drs. 17/4179, 17/4570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Bericht zu den Ergebnissen des Kommunalgipfels
Drs. 17/4178, 17/4582 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sportförderung Curling unbedingt erhalten!
Drs. 17/4182, 17/4583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Dem Curling Chancen für die Zukunft geben!
Drs. 17/4196, 17/4577 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u.a. und Fraktion (CSU)
Bericht zur weiteren Entwicklung des Bundesstützpunkts Curling in Füssen
Drs. 17/4197, 17/4578 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD
Grundrecht auf freie Ausbildungs- und Berufswahl ernst nehmen: Mehr Masterstudienplätze schaffen und Übergang Bachelor / Master erleichtern
Drs. 17/325, 17/4663

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

der den Antrag für erledigt erklärt hat

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Überprüfung Einstufung Bodensee nach EG-Wasserrahmenrichtlinie
Drs. 17/3715, 17/4658

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

27. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Bericht zur Beschulung von Flüchtlingskindern in Bayern
Drs. 17/4074, 17/4684

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

28. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Angelika Weikert, Martin Güll u.a. SPD
Unterrichtsversorgung von dezentral untergebrachten Flüchtlingskindern und -
jugendlichen sicherstellen
Drs. 17/4079, 17/4685

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

29. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Paul Wengert,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Umsetzung der Evaluation der Polizeireform bei den Präsidien
Drs. 17/4323, 17/4653

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat